

24.06.2019

## Aktuelle Stunde

auf Antrag  
der Fraktion der SPD

### **Demokratie und Rechtsstaat schützen: Kampf gegen rechtsextremistischen Terror und Bedrohungen intensivieren**

Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hat unser Land tief erschüttert. In dem Mordfall hat am 17.06.2019 der Generalbundesanwalt die Ermittlungen übernommen. Er geht mittlerweile von einem rechtsextremistischen Hintergrund aus. Die Tat wäre damit einzureihen in eine Serie von Bedrohungen und Angriffen durch Neonazis, die unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat zerstören wollen und die dabei auch vor tätlichen Angriffen auf das Leben oder die körperliche Unversehrtheit anderer Menschen nicht zurückschrecken. So haben auch die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker und der Bürgermeister der Stadt Altena Hollstein Morddrohungen erhalten. Beide waren bereits in der Vergangenheit Opfer von Attentaten mit rechtsextremen Hintergrund. Ein Angreifer hatte Reker 2015 bei einem Wahlkampftermin mit einem Messer in den Hals gestochen und dabei lebensgefährlich verletzt. Hollstein wurde 2017 in einem Imbiss angegriffen und mit einem Messer bedroht und verletzt. Der Angreifer hatte sich zuvor abfällig über die nach seiner Ansicht zu liberale Flüchtlingspolitik Hollsteins geäußert.

Rechtsextremer Terror ist dabei aber keineswegs nur eine Gefahr für die Repräsentanten des Staates. In trauriger Erinnerung sind die NSU-Morde und die zahlreichen Angriffe auf Asylbewerber, Migranten und politisch Andersdenkende. Nach Angaben der Amadeu-Antonio-Stiftung gab es in Deutschland bereits 196 Todesopfer durch rechte Gewalt.

Auf Bundesebene wird ein schärferes Vorgehen gegen rechtsextremen Terror bereits intensiv diskutiert. So sprach Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 19.06.2019 auf dem Evangelischen Kirchentag in Dortmund in der vergangenen Woche von einer Gefahr für unsere Demokratie und sagte, dass die Gefahr eines Terrorismus von rechts niemals wieder unterschätzt werden dürfe, ganz gleich, wen er treffe! Kanzlerin Angela Merkel warnte davor, mit einem aggressiven Tonfall in Diskussionen Gewalt zu fördern. Sie habe die Sorge, dass aus Worten irgendwann auch Taten würden, wenn man hier Barrieren niederreiße. Dies führte in den letzten Tagen zu intensiver Berichterstattung.

Bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass bundesweit über 600 mit Haftbefehl gesuchte Rechtsextremisten auf freiem Fuß sind. Hier muss sich der Rechtsstaat fragen lassen, ob er

Datum des Originals: 24.06.2019/Ausgegeben: 24.06.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

beim Kampf gegen Extremisten tatsächlich immer und in jedem Fall mit der nötigen Konsequenz vorgeht.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine Aufgabe die sämtliche demokratische Kräfte und Institutionen in unserem Land betrifft. Es geht hier um den Schutz unserer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung und damit auch um den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger. Sie dürfen feigen und brutalen Angriffen, die aus einem menschenverachtenden Weltbild herrühren, nicht wehrlos ausgeliefert werden. Die Auswirkungen und die Bekämpfung des rechtsextremistischen Terrors müssen deshalb im Rahmen einer Aktuellen Stunde des Landtags diskutiert werden.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Sven Wolf

und Fraktion